

Forderung nach mehr Beamten in vulnerablen Bereichen

Sicherstellung öffentlicher Daseinsvorsorge bei Sabotage neuralgischer Infrastruktur

In den vergangenen Monaten wurde vonseiten der Politik in Bund und Land wiederholt die Forderung aufgestellt, aus Kostengesichtspunkten das Berufsbeamtentum, aber auch den öffentlichen Dienst im Allgemeinen auf vermeintlich „staatliche Kernaufgaben“ zu beschränken. Zu diesbezüglichen Einlassungen des CDU-Generalsekretärs **Karsten Linnemann** und des NRW-Arbeitsministers **Karl-Josef Laumann** hat der DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion bereits mehrfach Stellung bezogen und weist diese Forderungen entschieden zurück.

Hierzu der 1. Vorsitzende des DBB NRW, **Roland Staude**: „Mit populistischen Äußerungen kann man den öffentlichen Dienst nicht in die Zeit stellen. Hierfür sind zwingend echte Attraktivitätsmodule notwendig.“ Angesichts der

gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen steter Krisenbewältigung ist ein funktionierender öffentlicher Dienst mit motivierten und loyalen Beschäftigten unerlässlich, diese Diskussion ist daher kontraproduktiv. „Gerade der öffentliche Dienst in NRW hat sich in Krisen, wie bei der Finanzkrise, der Flüchtlingskrise oder der Coronapandemie, als Stabilitätsanker zwischen Staat und Gesellschaft außerordentlich bewährt; und diesen jetzt zu demontieren oder infrage zu stellen, ist grob fahrlässig und unverantwortlich“, so Roland Staude. Grundsätzlich sieht das die NRW-Landesregierung ähnlich. NRW-Finanzminister **Dr. Marcus Optendrenk** stärkte der Beamtenschaft im Land den Rücken, indem er deren Loyalität und Zuverlässigkeit als wichtige Stütze von Staat und Gesellschaft würdigte.



© Bundeswehr | Anne Weinrich

Geopolitische Herausforderungen für die öffentliche Daseinsvorsorge

Bezüglich der statusrechtlichen Frage steht das Berufsbeamtentum für den DBB NRW nicht zur Disposition. Dabei verwehrt sich der DBB NRW auch grundsätzlich nicht einer objektiven Aufgabenüberprüfung, jedoch ist ein öffentlicher Diskurs keine Einbahnstraße, sodass gewerkschaftsseitig nun die Forderung nach zusätzlichen Verbeamtungen in die öffentliche Diskussion eingebracht wird. Diese beziehen sich auf die existenziell bedeutenden Aufgaben unseres Staates und müssen aufgrund der derzeitigen geopolitischen Gegebenheiten einer „24/7-Gewährleistung“ unterliegen. Auch hier ist das Berufsbeamtentum in die Zeit zu stellen.

Die Ausweitung des Berufsbeamtentums sollte insbesondere bei empfindlichen Infrastrukturen erfolgen, wie Mobilität und Logistik, Energie- und Wasserversorgung, Kommunikations-einrichtungen und der Gesundheitsversorgung, einschließlich Arzneimittelversorgung. Roland Staude: „Angesichts zunehmender Sabotage neuralgischer Infrastruktur in unserem Land, wie Bahnverkehr, Energieversorgung und Kommunikationseinrichtungen, durch innere und äußere Angriffe, sind Loyalität und Zuverlässigkeit des Berufsbeamtentums eine wesentliche Grundlage für eine resiliente und freiheitliche Gesellschaft.“

Sicherstellung von Mobilität und Versorgung

Konkret geht es bei den Forderungen des DBB NRW nach zusätzlichen Verbeamtungen um



Leitstelle der Autobahn GmbH zur Überwachung von Verkehrsflüssen und Infrastruktur

© Bundesministerium für Verkehr

4 Frauen. Machen. Demokratie.

Impressionen von der 10. Frauenpolitischen Fachtagung



6 Zwischen Sicherheit und Wandel

Resümee des seniorenpolitischen Seminars in Mönchengladbach



7 „gefährdet leben“ in Düsseldorf

Ausstellung erinnert an die Verfolgung queeren Lebens von 1933 bis 1945



Ebenen der funktionellen Sicherstellung von Koordinations-, Überwachungs-, Steuerungs- und Kontrollprozessen. Demnach würden im Umfeld von „Mobilität und Logistik“ zum Beispiel Leitstellenbesetzung zur Überwachung von Brücken und Tunnel oder Betriebszentralen von Verkehrseinrichtungen zur Koordinierung des Fahrzeug- und Personaleinsatzes in Betriebsorganisationen mit verbeamteten Mitarbeitern besetzt, um stets reibungslose Verkehrsflüsse zu gewährleisten. Das sichert im Krisen- und Spannungsfall die Versorgung der Bevölkerung, zum Beispiel auch bei Fällen sabotierter Infrastruktur durch die Koordinierung von Umleitungen oder Wiederinbetriebnahmen gestörter Anlagen.

Auch dem DBB NRW ist bewusst, dass die Verbeamtung von Lkw- und Busfahrern sowie Lok- und Triebwagenführern



Sicherstellung von Mobilität und Versorgung bei Sabotage vulnerabler Infrastruktur

unrealistisch ist. Diesbezüglich würde die wiedereingeführte Wehrpflicht im Rahmen des Katastrophen- und Heimatschutzes eine zusätzliche Sicherheitsoption darstellen, im Krisen- und Spannungsfall die Versorgung der Bevölkerung aufrechtzuerhalten, indem man Wehrdienstleistende während ihres Grundwehrdienstes oder fortlaufend im Reservedienst, ergänzend zu ihrer militärischen Ausbildung, zum Beispiel auch als Lkw-, Busfahrer, Rettungssanitäter oder IT- und Kommunikationstechniker ausbildet und im Bedarfsfall als loyale Fachkräfte zum Reservistendienst einberuft. Von dieser zivilberuflichen Ausbildung würden folg-

lich Gesellschaft und die Wehrdienstleistenden in späteren beruflichen Tätigkeiten profitieren, wie auch im Nebenjob oder im gesellschaftlichen Ehrenamt. Zugleich ein nützliches Tool zur Attraktivitätssteigerung des Wehrdienstes, eine Win-win-Situation für alle und vielleicht in ähnlicher Form auch bei zivilen Freiwilligendiensten (Rettungssanitäter, Pflegehelfer, Logistikhelfer) umsetzbar.

Ähnliches gilt bei der „Arzneimittelversorgung“. Hier würde das verbeamtete Personal vorrangig Koordinations-, Steuerungs-, Überwachungs- und Kontrollaufgaben übernehmen, insbesondere bei Be-

schaffung, Bevorratung, Lagerung, Transport und Verteilung. Roland Staudé, 1. Vorsitzender des DBB NRW: „Für die Sicherstellung einer 24/7-Gewährleistung öffentlicher Daseinsvorsorge bietet sich das Berufsbeamtentum geradezu an, denn als wesentliche Wesensmerkmale der Exekutive als vollziehende oder ausführende Gewalt des Staates gegenüber einer bürokratie-schaffenden Legislative gelten gerade dessen Loyalität, Kontinuität und Neutralität.“

Der DBB NRW sieht hierbei die Politik in der Pflicht, ein Gesamtkonzept zur 24/7-Gewährleistung öffentlicher Daseinsvorsorge zu erarbeiten, stets weiterzuentwickeln und an die unbeständigen inneren und äußeren Problemlagen anzupassen. Ohne Zweifel gehören der öffentliche Dienst und das Berufsbeamtentum zu diesem Gesamtkonzept. MM

Rückschau

Nachbetrachtungen zu 35 Jahre Deutsche Einheit Ein Geschenk der Geschichte

Am 3. Oktober 1990, vor nunmehr über 35 Jahren, trat der ostdeutsche Staat dem Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland bei, nach der alten Norm des Art. 23 GG. Nach 45 Jahren Teilung Deutschlands in zwei politisch und wirtschaftlich unterschiedlich ausgerichtete Staaten wurde die Chance eines aus heutiger Sicht historischen Zeitfensters genutzt, um die Deutschen in Ost und West wieder zusammenzuführen.

Je nach ideologischem Blickwinkel der Betrachtenden, damals wie heute, war es eine Vereinigung oder ein „Anschluss“. Wie auch die Antwort auf die Frage, ob die vom damaligen Bundeskanzler **Helmut Kohl** versprochenen „blü-

henden Landschaften“ in den ostdeutschen Ländern tatsächlich auch erwachsen sind. Als Ostdeutscher aus der Umgebung der Bitterfelder Braunkohletagebaue und Chemiekombinate kann ich Ihnen und euch versichern, sie sind!

Aus dem Staub zerfallener Innenstädte, dem Dreck maroder Industrieanlagen sowie dem Schlamm vergifteter Flüsse und Tagebaue entstanden im Osten, über all die Jahre seit der Einheit, innerstädtische und landschaftliche Schmuckstücke, aber auch moderne Industriebetriebe, die allerdings nicht mehr für jede und jeden eine Beschäftigung bieten konnten. Befeuert durch ideologische Spalter trübte dann die Unzufriedenheit über die persönliche Situation hier und



Blühende Landschaften: Surfer auf saniertem und geflutetem Tagebau bei Bitterfeld

dort den Blick auf das Erblühen Ostdeutschlands. Angesichts des Verlustes seines Arbeitsplatzes, der ein oder anderen Privilegien oder vielleicht auch des zu DDR-Zeiten entbehrungsreich instand gehaltenen

Hauses an einen Alteigentümer aus dem Westen oder andere systembedingte Einschnitte und Brüche im Lebenslauf sowie dem persönlichen Umfeld oder aufgrund wirtschaftlicher Unbedarf-

Umweltverbrechen durch Volkseigene Betriebe (VEB):
Entsorgung von Salzsäure aus der Bitterfelder Chlor-Produktion, 1983



heit, ist die kritische Betrachtung dieser Zeit und ihrer Folgen an der ein oder anderen Stelle sogar nachvollziehbar und verständlich.

Und von einem „Anschluss“ kann man schon deswegen nicht sprechen, da die Ostdeutschen nach der Friedlichen Revolution im Herbst 1989, der erzwungenen Streichung des kommunistischen Führungsanspruches aus der DDR-Verfassung sowie der erkämpften ersten freien Volkskammerwahl, am 18. März 1990 mehrheitlich für Parteien stimmten, die sich bereits zu diesem Zeitpunkt offen gegen weitere sozialistische Experimente oder eine „bessere DDR“ (wie auch immer die funktionieren sollte) gewandt hatten und stattdessen für eine schnelle Wiedervereinigung eintraten. Der spätere SPD-Bundesinnenminister **Otto Schily** war es, der noch an diesem Wahlabend in der ARD den ostdeutschen Wählerin-

nen und Wählern, wie Äffchen im Urwald, dafür eine Banane vorhielt und schnodderig ihre Wahlentscheidung für die „Allianz für Deutschland“ aus CDU, DSU und DA verächtlich machte, indem er ihren Wunsch nach Freiheit und schneller Wiedervereinigung auf einen schnöden materiellen Beweggrund reduzierte. Für viele Ostdeutsche das erste Symbolbild westdeutscher Arroganz, des „Besserwissis“.

Auch für uns, damals noch Jugendliche, waren diese Umbrüche prägend. Als der Autor mit der Einführung des dreigliedrigen Schulsystems in seiner anhaltischen Heimat zum Schuljahr 1991/92 auf das neu geschaffene Gymnasium wechselte, stellten sich in der neuen Klasse alle Schülerinnen und Schüler vor. Natürlich erzählte man auch etwas über seine Familie. Schnell die Ernüchterung: Jeder meiner Mitschülerinnen oder Mitschüler hatte, wie auch ich, mindestens einen Elternteil, der von Arbeitslosigkeit betroffen war. Oftmals zog sich dieses Thema durch die restliche Schulzeit, sorgte bei uns jedoch für die notwendige Motivation, unsere schulischen und beruflichen Chancen zu ergreifen, nötigenfalls auch in einer anderen Region oder im Ausland. Denn egal in welchem Land oder System, Bildung kann dir keiner wegnehmen!

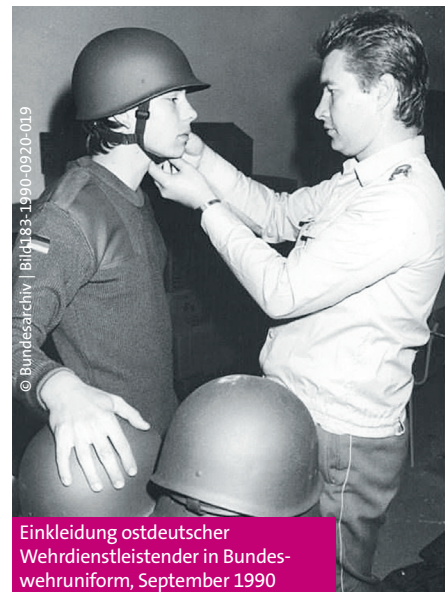
Schon während der Ableistung des Grundwehrdienstes

1996/97 war für uns die damals leidige Ost-West-Einteilung der Menschen bereits Geschichte, die Kameraden kamen stattdessen aus Köln, Düsseldorf, Berlin, Merseburg, dem Sauerland oder „MeckPomm“. Für die Bundeswehr als „Armee der Einheit“ sollte die deutsche Teilung jedoch noch bis 2005 bestehen, dann erst verschwand mit der Einführung des TVöD das unsägliche „Tarifgebiet Ost“ im Bundesangestelltentarifvertrag (BAT) und die geringere Entlohnung von Zeit- und Berufssoldaten in den neuen Bundesländern (1991 nur 60 Prozent, 1997 immerhin „schon“ 85 Prozent der Westbezüge). Abgesehen davon, dass man das aus der Ost-Armee in die Bundeswehr übernommene militärische Fachpersonal zuvor um zwei Dienstgrade degradiert hatte. Auch aus heutiger Sicht eine durchaus schäbige Geringschätzung und Herabwürdigung ostdeutscher Kompetenzen und Lebensläufe, die sich, da auch in anderen Bereichen üblich gewesen, bis heute flächendeckend in Wahlergebnissen, rechts wie links, niederschlugen.

Ob Aufbauhelfer oder Glücksritter, ob genutzte Berufs- und Bildungschancen oder Langzeitarbeitslosigkeit, ob aus dem Schoko-Keks-Riegel „Raider“ nun „Twix“ wurde und sich ansonsten nur die Postleitzahl änderte: Der Einigungsprozess lief auf beiden Seiten nicht ohne Veränderungen oder Opfer ab. Mal mehr, mal weniger. Und ja, natürlich sind Ostdeutsche grundsätzlich dankbar für die langjährigen Transferzahlungen und die erfahrene, westdeutsche Aufbauhilfe in Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung. Auch wenn das zwecks „Meinungsbildung“ in überwiegend aus dem Westen geführten Presse- und Medienhäusern oftmals zu kurz kam und stattdessen stets Einzelmeinungen als emotionaler Beleg für den vermeintlichen Undank der Ostdeutschen dargestellt oder der „Solidaritätszuschlag“ auf die

Einkommenssteuer (der übrigens auch im Beitrittsgebiet eingezogen wurde) als ursächlich für den oftmals politisch verschleppten, wirtschaftlichen Strukturwandel in manchen Regionen Westdeutschlands benutzt wurden.

Ob Ost oder West, ob „neue“ oder „alte“ Bundesländer, ob Deutschland oder Europa, jede und jeder hat sein persönliches Erleben und seine Sicht auf 35 Jahre deutsche Einheit. Auch das ist gelebte Vielfalt in unserem Land. Statt daher nur auf die vergangenen Jahre zu schauen und uns über die Erfolge und Misserfolge oder die vermeintlich „richtige“ Sichtweise auf die deutsche Einheit und den fortlaufenden Einigungsprozess zu streiten oder gegenseitig zu belehren, sollten wir vielleicht wieder mehr miteinander über unsere Zukunft sprechen, über Zuversicht und Zukunftschancen, aber auch über Sorgen und Nöte.



Einkleidung ostdeutscher Wehrdienstleistender in Bundeswehruniform, September 1990

Denn nur gemeinsam können wir die anstehenden Herausforderungen der Zukunft durch den demografischen Wandel, den Erhalt der globalwirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit und unseres sozialen Wohlstandes, den technologischen Fortschritt sowie die klimatischen Veränderungen bewältigen.

MM



Otto Schily hält den Ostdeutschen eine Banane vor.



**DBB NRW
Beamtenbund
und Tarifunion**

Frauenfachtagu



ng 2025



Bilder: DBB NRW | Dirk Borm (26)



Die **10. Frauenpolitische Fachtagung** der DBB NRW Frauenvertretung fand unter dem Motto **Frauen. Machen. Demokratie.** am 8. Oktober 2025 im Meliá-Hotel Düsseldorf statt. Im Umfeld interessanter Vorträge über „Frauen im Rechtsextremismus“ oder „Frauen in der Demokratie“ tauschten sich die Teilnehmenden über zahlreiche tagesaktuelle Problemlagen und Herausforderungen aus. Die Fachtagung fand im Rahmen der diesjährigen frauenpolitischen Veranstaltungsreihe des DBB NRW statt. In der Geschäftsstelle des **DBB NRW** ist in dieser Veranstaltungsreihe bis zum 30. April 2026 die Ausstellung **„Mütter des Grundgesetzes“** zu besichtigen (bitte mit rechtzeitiger Anmeldung).

Seminar der Seniorenvertretung Zwischen Sicherheit und Wandel



© DBB NRW | Seniorenvertretung

Das seniorenpolitische Seminar des DBB NRW fand Ende September in Mönchengladbach statt. Neben den inhaltlichen Themen war wie immer ein weiterer Schwerpunkt der Erfahrung- und Meinungsaustausch mit den Vertretern der Fachgewerkschaften im DBB NRW.

Digitale Welt – KI: Fluch oder Segen?

Mit **Kim Lara Diehl** hatte die dbb akademie eine sehr qualifizierte Referentin engagiert, die schnell erkannte, mit welcher interessierter und engagierter Teilnehmergruppe sie es zu tun hatte. Wengleich keine Teilnehmerin beziehungsweise kein Teilnehmer reklamierte, in der weiten und komplexen Thematik der KI über besonderes Vorwissen oder gar Tiefenwissen zu verfügen, war doch schnell feststellbar, wie weit jeder im täglichen Leben mit der IT/KI konfrontiert und befasst ist. Und sie auch bewusst und gezielt oder auch unbewusst, weil selbstverständlich, bereits anwendet und nutzt. Im ersten Themenblock wurden die Möglichkeiten der künstlichen Intelligenz aufgezeigt. Hieran schloss sich eine spannende Diskussion über mögliche Vorteile und Gefahren der KI an. Spannend auch deswegen, weil im Meinungsaustausch Aspekte angesprochen wurden, auf die man womöglich auf Anhieb gar nicht käme. Dies waren zum Beispiel moralische, ethische, ökologische, arbeitsrechtliche

und wirtschaftliche Betrachtungen, welche die Nutzung von KI mit sich bringt.

Aktuelles aus dem DBB NRW

Roland Staupe, 1. Vorsitzender des DBB NRW, berichtete über aktuelle Entwicklungen und die anstehenden Tarifverhandlungen. Die Angriffe auf das Berufsbeamtentum gehen weiter und die Lage bleibt angespannt. Offensichtlich sollen die Beamtinnen und Beamten dazu dienen, von anderen gravierenden Problemen im Land abzulenken. Exemplarisch nannte Roland Staupe CDU-Generalsekretär **Carsten Linne-mann**: Dieser möchte die Zahl der Beamten reduzieren, um unter anderem Besoldungs- und Pensionsleistungen zu reduzieren. Roland Staupe wies darauf hin, dass gerade der DBB NRW in seinen Gesprächen zur Modernisierung des öffentlichen Dienstes diesem Thema seit jeher offen gegenübersteht. Hierbei aber erklärtermaßen dies immer kritisch und konstruktiv. Dass dem so ist, zeigen deutlich die durchaus guten und vertrauensvollen Gespräche mit allen demokratischen Parteien im Landtag NRW. Das Festhalten am Berufsbeamtentum unter Beachtung der hergebrachten verfassungsrechtlichen Grundsätze sowie dessen zeitgemäßer Weiterentwicklung ist gerade in der gegenwärtig sehr bewegten Zeit dringend geboten.

Demokratie am Scheide- weg – Position und Rolle des dbb?

Durchaus noch unter dem Eindruck der wenige Tage vor Seminarbeginn in NRW stattgefundenen Kommunalwahlen und deren ergebnismäßigen Ausgang erfolgte eine intensive und lebendige Diskussion, deren Dauer den eigentlich geplanten Zeitrahmen hätte sprengen können, wären die Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Ende nicht so diszipliniert gewesen. Zunächst wurde das Erstarken der AfD im gesamten Land NRW mit nahezu 15 Prozent Zustimmung der Wählerinnen und Wähler festgestellt. Interessant waren ganz besonders auch die Diskussion über vermeintliche Gründe, die viele Menschen veranlassen, sich den „Extremen“ zuzuwenden. Protest und Enttäuschung sind nach Auffassung vieler Seminar Teilnehmer Ursachen, sich von den Volksparteien abzuwenden. Eine Vielzahl von Beispielen wurde hierzu geliefert. So seien die Menschen enttäuscht über die Zustände im infrastrukturellen Bereich (Straßen, Schulen, Kindergärten, Brücken, Nah- und Fernverkehr, die Qualität der städtischen Dienstleistungen, insbesondere deren Dauer), der Bürokratismus in Deutschland überhaupt, aber auch der Umgang mit den Herausforderungen der Migration. Einhellig waren die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Meinung, dass

der DBB NRW sich diesbezüglich nicht davor scheuen sollte, weiterhin Fakten zu erkennen und zu benennen.

Sicherheit im Alter

Jörg Stenczl, Kriminalhauptkommissar aus Dortmund, hielt einen Vortrag über die Sicherheit im Alter. Er zeigte anschaulich die vielen Facetten auf, wie gerade Seniorinnen und Senioren Opfer durch erhebliche kriminelle Energie werden und ihres Geldes beraubt werden können. Die Facetten reichen vom Schockanruf bis zur Erschleichung von Vorsorgevollmachten. Trotz der vielen Versuche, insbesondere Seniorinnen und Senioren mit dieser Thematik vertraut zu machen und sie zu sensibilisieren, sind die Kriminellen so unglaublich kreativ, dass ihnen immer noch und viel zu viele ältere Menschen auf den Leim gehen. Herr Stenczl präsentierte einen Mitschnitt eines realen Schockanrufes, der selbst dem nicht betroffenen Zuhörer das Blut gefrieren ließ. Da wundert es dann nicht, dass hierauf reingefallen wird und viel Geld den Besitzer wechselt, in der Hoffnung, der Tochter, dem Sohn oder dem Enkelkind aus unglücklicher und schlimmer Lage zu helfen. Es bestand Einigkeit, das Thema auch anderen im dbb organisierten Seniorinnen und Senioren näherzubringen.

HM

Arbeitsgemeinschaft CDA-DBB NRW Neuwahl des Vorstandes

Die Arbeitsgemeinschaft der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) und des DBB NRW (CDA-DBB-AG) bleibt unter dem Vorsitz von **Astrid Walter-Strietzel**. Auf einer Mitgliederversammlung wurde sie von den anwesenden Mitgliedern einstimmig wiedergewählt. Stellvertreter wurden **Erich Rettinghaus**, **Sandra van Heemskerck** und **Michael Nabbe-feld**. Zum Schriftführer wurde **Michael-Franz Knobloch** gewählt. Bei den Beisitzern gab es einige Veränderungen, Vertre-

ter/innen verschiedener DBB Gewerkschaften hatten ihr Interesse an der Mitarbeit bekundet. Aktuelles aus dem Landtag konnte **Jörg Blöming MdL** berichten, der aufgrund seiner Aufgabenfelder im Landesparlament auch treuer Gesprächspartner und Gast bei DBB Veranstaltungen ist. Die CDA ist der Sozialflügel der CDU. Ihre Mitglieder engagieren sich vor allem in der Sozial- und Gesellschaftspolitik: für sichere und auskömmliche Renten, für eine auf Beschäftigung ausgerichte-



CDA-Landesgeschäftsführer Daniel Güttler, Michael-Franz Knobloch, Astrid Walter-Strietzel, Sandra van Heemskerck, Jörg Blöming MdL

© CDA-NRW

te Arbeitsmarktpolitik, für Gesundheitsschutz in der Arbeitswelt, für eine menschenwürdige Pflege, für verlässliche und solidarische Sozialversicherungen. Die CDA ist eine Vereinigung der CDU und ihr eng verbunden. Sie ist die Stimme der Beschäftigten und ihrer Familien in der

CDU. Bundesvorsitzender ist **Karl-Josef Laumann**. Er ist gewähltes Mitglied des Präsidiums der CDU. Die Arbeitsgemeinschaft CDA-DBB fungiert dabei als Schnittstelle der im DBB NRW gewerkschaftlich organisierten Mitglieder mit dem Sozialflügel der CDU. **MM**

Ausstellungstipp

Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf

„gefährdet leben – queere Menschen 1933 bis 1945“

Beim Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus im Deutschen Bundestag standen 2023 erstmals die queeren Opfer im Fokus. Diese historisch-dokumentarische Ausstellung knüpft an dieses wichtige Erinnerungspolitische Signal an und macht das Thema der Ausgrenzung und Verfolgung queerer Menschen in den Jahren 1933 bis 1945 einem breiten Publikum zugänglich. Daran erinnert bis zum 5. Juli 2026 eine Ausstellung der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld in der Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf, Mühlenstraße 29, 40213 Düsseldorf, ergänzt um „Queeres Leben in Düsseldorf – von den Goldenen Zwanzigern bis 1945“.

Die vielfältigen und ambivalenten Lebensgeschichten queerer Menschen in der Zeit von 1933 bis 1945 werden anhand von Dokumenten, Grafiken, Foto-

grafien und Zitaten nachgezeichnet, darunter auch bislang unveröffentlichtes Material. Die Ausstellung bietet sowohl einen breiten Überblick als auch tiefergehende Einblicke in Biografien sowie aktuelle Forschungsergebnisse. Hier wird deutlich, wie das Leben vieler queerer Menschen durch staatliches Handeln gebrochen und zerstört wurde. Erzählt wird aber nicht nur die Verfolgungsgeschichte, sondern auch Wege der Selbstbehauptung in einer widrigen Lebensrealität bis in die Nachkriegszeit.

Emanzipation, Bürgerrechtsbewegung und die Entwicklung einer lokalen Szene fanden nicht nur in Berlin statt. Auch in Düsseldorf, der modernen Großstadt am Rhein, fasste der „Freundschaftsbund“ Fuß, Lokale etablieren sich und Zeitschriften wie „Die Freundin“

oder „Der Freund“ waren am Zeitschriftenstand erhältlich. Der „Tosca-Palast“ an der Rethelstraße war in aller Munde und liberaler Rückenwind kam auf. Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten im Januar 1933 endete diese Entwicklung schlagartig. Die Presse wurde verboten und an Tanzabende sowie Treffen in der Öffentlichkeit war nicht mehr zu denken. Die queere Community wurde gedemütigt, verfolgt und gezwungen, sich zu verstecken.

Am 28. Juni 1935 wurde die Verschärfung des Strafrechtsparagrafen 175 auf den Weg gebracht, die im September 1935 in Kraft trat. Fortan wurden nicht nur sogenannte „beischlafähnliche Handlungen“, sondern allgemein „homosexuelle Handlungen“ kriminalisiert. Diese Normierung wurde in Ostdeutschland bis 1949, in der Bundesrepublik bis 1969 unverändert angewandt, der Paragraf erst 1994 aus dem Strafgesetzbuch gestrichen. In einigen Fällen reichte für eine Verurteilung bereits ein flüchti-

ger Blickaustausch oder ein kurzes Gespräch. Im Sommer 1937 verdichtete sich der Terror: Mit der Festnahme von **Karl Carduck** und seinen Freunden begannen die Massenverhaftungen vermeintlich schwuler Männer in Düsseldorf. Bei der Verfolgung mutmaßlicher Homosexueller waren Kriminalpolizei, Geheime Staatspolizei (Gestapo) und Strafrecht gleichzeitig tätig. Allein die Gestapo verhaftete in Düsseldorf etwa 400 Männer wegen „homosexueller Handlungen“. Viele von ihnen wurden als „Berufsverbrecher“ stigmatisiert und in der Haft vor die Wahl gestellt: „KZ oder Kastration“, auch daran erinnert die Ausstellung. Düsseldorf wurde die Stadt mit den meisten Festnahmen nach § 175 in ganz Westdeutschland, die heutige Landeshauptstadt zur Hochburg schwuler Verfolgung.

Eingerahmt wird die Schau von der Installation „Zwang und Zeichen“ (#zwangundzeichen) von der Installationskünstlerin und Bühnenbildnerin **Saskia Holte**. **MM**



© Marcus Michel

Herausgeber: DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion, Ernst-Groß-Straße 24, 40219 Düsseldorf, Roland Staude (1. Vorsitzender). **Telefon:** 0211.491583-0. **Telefax:** 0211.491583-10. **E-Mail:** redaktion@dbb-nrw.de. **Internet:** www.dbb-nrw.de.

Chefredaktion: Marcus Michel

Redaktion: Hubert Meyers, Meik Bruns, Roland Staude, Christian Kratzsch

Redaktionsschluss: am 15. jeden Monats.

Hinweis: Die Beiträge, die mit dem Namen des Verfassers gezeichnet sind, stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers dar.

Bezugsbedingungen: Die Zeitschrift erscheint zehnmal jährlich. Der Abonnementspreis für Nichtmitglieder des DBB beträgt jährlich 15,90 Euro zuzüglich Postgebühren, der Bezugspreis für das Einzelheft 2,00 Euro, Bezug durch die Post. Einzelstücke durch den Verlag.

Verlag: DBB Verlag GmbH. **Internet:** www.dbbverlag.de.

E-Mail: kontakt@dbbverlag.de. **Verlagsort und Bestellanschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.

Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42-50, 47608 Geldern.

Anzeigen: DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Marion Clausen, **Telefon:** 030.7261917-32. **E-Mail:** marion.clausen@dbbverlag.de. **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigen-disposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. Preisliste 47, gültig ab 1.1.2025. **Ständige Beilage:** dbb magazin. ISSN 1438-2989

Kommunalwahl

Austausch mit den Oberbürgermeisterkandidaten von CDU und Grünen

Der Kreisvorstand traf sich im Vorfeld der Stichwahlen am 28. September 2025 mit den Bewerbern um das Amt des Münsteraner Stadtoberhauptes. Der CDU-Bewerber **Dr. Georg Lunemann**, seines Zeichens LWL-Direktor, und der Kandidat von Bündnis 90/Die Grünen, **Tilman Fuchs**, der als Dezernent im Kreis Steinfurt tätig ist, standen für den politischen Dialog Rede und Antwort. Im Mittelpunkt des Austauschs standen die Themen „Moderne Verwaltung“ und „Schulentwicklung“. Besonderes Gewicht lag auf der Stär-

kung des gegliederten Schulwesens, inklusive der beruflichen Bildung. **Richarda Holz** und **Jörn Brüggemann** (beide vlbs) hoben die notwendige Gleichwertigkeit von beruflichen und akademischen Bildungswegen hervor. „Nur so kann Münster als Oberzentrum Westfalens weiterhin ein attraktiver Ausbildungsstandort bleiben“, so die Vertreter des Berufsschullehrerverbandes. Der DBB Kreisvorsitzende **Meik Bruns** sowie **Michaela Kleine Kreutzmann** (beide PhV) unterstrichen die Bedeutung der Wertschätzung des

Leistungsgedankens: „Individuelle Förderung bedeutet auch Exzellenzförderung.“ Die Problematik des fehlenden und teuren Wohnraums griff die stellvertretende DBB Kreisvorsitzende **Cathrin Engelhardt** (DSTG) auf. Sie machte deutlich, dass bezahlbarer und nachhaltiger Wohnraum sowohl für Auszubildende als auch für junge Familien und Beschäftigte im öffentlichen Dienst dringend benötigt werde. Dr. Georg Lunemann und Tilman Fuchs betonten die enge Verbindung zwischen guter Bildungspolitik,

attraktiven Arbeitsbedingungen für Beschäftigte und einer vorausschauenden Wohnungspolitik für den Standort Münster. Beide Politiker sagten zu, den politischen Dialog mit dem DBB Münster fortzuführen und gemeinsam konkrete Lösungsansätze für Münster zu besprechen. Tilman Fuchs setzte sich in der Stichwahl mit 57,91 Prozent der Stimmen gegen CDU-Kandidat Georg Lunemann durch. Er trat bereits am 1. November die Nachfolge von **Markus Lewe** als Stadtoberhaupt von Münster an. *MB*

Trafen sich zum kommunalpolitischen Austausch im „Grünen Zentrum“ an der Windhorststraße: Oberbürgermeisterkandidat Tilman Fuchs (Mitte, sitzend) und Mitglieder des DBB Kreisvorstandes



Stand zum politischen Austausch im „Café Georg“ an der Hammer Straße mit dem DBB Kreisvorstand zur Verfügung: Dr. Georg Lunemann (CDU)

